

## Polizisten sollen nach S-21-Einsatz bestraft werden

Wassereinsatz aber nicht gezielt

Stuttgart. (lsw) Die Staatsanwaltschaft Stuttgart schließt aus, dass Polizisten beim Wasserwerfereinsatz gegen S-21-Gegner vor knapp zwei Jahren bewusst auf Demonstranten auf Bäumen gezielt haben. „Dieser Vorwurf hat sich nicht bestätigt“, sagte Behördensprecher Stefan Biehl. Allerdings werde gegen zwölf Beamte wegen Körperverletzung im Amt ermittelt. Darunter seien Polizisten, die am 30. September 2010 in Wasserwerfer-Fahrzeugen eingesetzt waren, und Mitglieder der Staffelführung. In einem weiteren Fall gehe es um den Schlagstockeinsatz eines Polizisten gegen einen Demonstranten.

Die Sichtweise der Anklagebehörde teilt der Sprecher der Aktivistengruppe „Parkschützer“, Matthias von Herrmann, nicht. Die Polizei habe zumindest fahrlässig gehandelt, indem sie die Wasserwerfer auf die Bäume gerichtet habe. Es sei bekannt gewesen, dass sich dort oben Demonstranten aufhielten. „Der Einsatz diene ja dazu, den Weg im Schlossgarten freizukriegen. Da war es aus meiner Sicht gar nicht nötig, in die Bäume zu zielen.“ Wann die Ermittlungen abgeschlossen seien, konnte Biehl nicht sagen. Die Polizei teilte mit, dass erst klar sei, ob und welche dienstrechtlichen Konsequenzen die betroffenen Beamten zu tragen hätten, wenn die strafrechtlichen Folgen bekannt seien.

Die Geschädigten begrüßten die Anklage der Generalstaatsanwalt-



## Hunderte setzten ein Zeichen gegen die NPD

Stuttgart/Ulm. Hunderte haben gestern im Südwesten ein Zeichen gegen die rechtsextreme NPD gesetzt und Pläne für zwei Aktionen der Partei durchkreuzt. In Ulm stellten sich 300 Demonstranten der NPD mit Trommeln und Trillerpfeifen in den Weg, in Stuttgart (dpa-Foto) sorgten rund 150 Protestierende für eine Blockade. Die NPD hatte in Stuttgart mit einem Lkw zu einer Kundgebung fahren wollen. Etwa 150 Menschen zwangen das Gefährt zu einem unfreiwilligen Halt und sorgten für Verkehrsbehinderungen. Während der Blockade seien Eier und Tomaten in Richtung NPD geflogen. Bei der anschließenden Kundgebung habe es weitere Proteste gegeben. Unter anderem sei eine Rauchbombe gezündet worden. Auch in der Ulmer Innenstadt stellten sich Hunderte gegen den NPD-Aufmarsch. SPD, Linke, Grüne und Piraten unterstützten die Gegendemonstration. Ein Teilnehmer sagte: „Man muss sich als Bürger zeigen, besonders wenn es um den rechten Rand geht.“

## „Occupy so wichtig wie die Umweltbewegung“

Wann das Camp geräumt wird, bleibt unklar – Drei Kulturwissenschaftler haben den Innenblick gesucht, um Occupy zu verstehen

Von Alexander R. Wenisch

Heidelberg. In den Streit über die geplante Räumung des Frankfurter Occupy Camps hat sich erstmals Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) eingeschaltet – und den Aktivisten den Rücken gestärkt. „Derzeit wird nur über Fristen und Ultimaten oder Dreck und Hygiene gesprochen statt über politische Inhalte. Das ist der falsche Weg“, sagte er gestern. Damit ist mehr denn je ungewiss, wie lange das verbotene Zeltlager vor der Europäischen Zentralbank (EZB) noch geduldet wird. „Fest steht nur, dass das Camp seit dem 26. Juli illegal ist“, sagte eine Sprecherin des Ordnungsdienstes. Freiwillig wollen die Kapitalismuskritiker den Platz jedenfalls nicht räumen. „Wir werden passiven Widerstand leisten, mit kreativen Aktionen, mit zivilem Ungehorsam“, hieß es.

Geht die Revolution im Westen also von Zelten vor Banktürmen aus? Von der „Besetzung“ zuerst der Wall Street, dann der EZB? Hat dieser zivile Ungehorsam von New York und Frankfurt das Zeug, die Gesellschaft zu verändern, die Macht der Banken zu sprengen? Immer wenn gesellschaftliche Phänomene nicht auf Anhieb zu verstehen sind, müssen Ethnologen ran. Auch wenn das Occupy-Camp in Frankfurt vor der Auflösung steht, wird die Bewegung mit größter Wahrscheinlichkeit weiterleben. Und jetzt haben drei Kulturwissenschaftler den Innenblick gesucht, um Occupy zu verstehen.

Die Ansätze, die David Graeber einerseits und Tomas Jerkovic und Jochen Resch andererseits verfolgen, könnten unterschiedlicher nicht sein. Graeber ist mit seinem Buch „Inside Occupy“ (campus Verlag) derzeit die Ikone der Bewegung. Der Amerikaner, der sich als Anarchist bezeichnet, will nichts anderes als

den Sturz des Systems. Die beiden Heidelberger Marktforscher dagegen versuchen, ihre Erkenntnisse für Banken selbst nutzbar zu machen.

Resch hat im März im Occupy-Camp in Frankfurt gelebt und Interviews mit Aktivisten und Bankern geführt. Sein verblüffendes Ergebnis: Die beiden „Völker“ sind sich gar nicht so fremd. Vor allem unter einfachen Bankangestellten herrsche viel Sympathie für die Proteste. „Viele Banker wollen ehrbare Kaufmänner sein“, hat Resch erfahren. Allein: Die Arbeitsbedingungen in den Geldhäusern lassen Ehrlichkeit immer seltener zu. Das wiederum belastet gleichzeitig das Image des Bankers – das haben anschließend Interviews mit (gutsituierten) Bankkunden in der Region rund um Heidelberg gezeigt. Bankberatern wird – erst recht nach

den jüngsten Finanzkrisen – mit äußerster Skepsis begegnet.

Hier setzt auch Graebers Kritik an. „Wir sind 99 Prozent“ heißt seine erste Streitschrift, die ihn in der amerikanischen Bewegung bekannt gemacht hat. Ausgangspunkt ist der Groll, dass ein Prozent der reichen US-Bürger auf Kosten der restlichen Bevölkerung lebt. In den Banken der Wall Street „werden unsere Renten verzockt“; die Politik arbeite nur für ihr eigenes Klientel – also für Kapitalisten, die wiederum ihre Wahlkämpfe finanzieren und ihre Macht erhalten. Graeber hofft, dass die Macht der Masse etwas verändern kann. Er hofft sogar, dass es am Ende die Banker selbst sein werden, die ihre Häuser besetzen und zum Umdenken bewegen. Tomas Jerkovic ist jedenfalls überzeugt: „Occupy heute ist

vergleichbar mit der Umweltbewegung vor 40 Jahren.“ Die Ansichten, dass das Finanzsystem faul ist, und der Wunsch, dass stärker nach ethischen und sozialen Grundsätzen gehandelt wird, sickert seiner Ansicht nach langsam in den Mainstream der Gesellschaft ein – so wie damals der Umweltschutzgedanke. Die Occupy-Camps, sind Jerkovic und Resch sicher, sind nur die Spitze des Eisbergs. Im Internet setze sich die Protestbewegung fort – auch wenn die Zeltlager, wie in New York, längst geräumt sind.

Banken empfehlen die beiden Markt- und Feldforscher, die für die Heidelberger Gesellschaft für Innovative Marktforschung (GIM) arbeiten, die Bewegung ernst zu nehmen. Nicht unbedingt für die Aktivisten vor den Banktürmen, aber für ihre immer kritischer denkenden Kunden und ihre eigenen Mitarbeiter sollten Service und Portfolio umgestellt werden. „Einige Banken, mit denen wir gesprochen haben, sagen, das hätten sie schon getan“, sagt Resch. „Deren Problem ist: Keiner merkt es.“ Was sich alle wünschen: eine regional verwurzelte Bank, die nicht zockt, sondern in echte Wirtschaftskraft vor Ort investiert, und Bankberater, die fair, transparent und nachhaltig arbeiten.

Natürlich gibt es unter den Occupy-Aktivisten auch Idealisten wie Graeber, die am liebsten gleich den Kapitalismus abschaffen wollen. Resch und Jerkovic haben sich in ihren Interviews auf jene Sympathisanten konzentriert, die mit konstruktiven Vorstellungen das System ändern wollen. Jene gemäßigte Mitte also, die einer Bank nicht abstreitet, Gewinn zu machen – und trotzdem der Meinung ist, dass auch nachhaltiger, ökologischer und sozial gerechter investiert werden kann – zum Wohle der Gesellschaft und nicht nur der Gesellschafter.



Dem Frankfurter Occupy-Camp vor der EZB steht die Räumung bevor. Foto: Roessler



Ein Wasserwerfer spritzte im September 2010 auf S-21-Gegner. Foto: Archiv/dpa

schaft. In der Polizei wächst derweil einem Zeitungsbericht zufolge der Unmut. „Jetzt soll es wieder der einzelne Polizist gewesen sein, der etwas falsch gemacht hat“, sagte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Rüdiger Seidenspinner. „Die politisch Verantwortlichen für diesen Einsatz bleiben dabei außen vor, das finden wir nicht okay.“ Laut Seidenspinner hätte die Landesregierung unter Ex-Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) den Einsatz niemals anordnen dürfen. „Man hätte erst mal noch verhandeln müssen – so wie man es später ja auch gemacht hat.“ Auch der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Joachim Lautensack, äußert Kritik. Ein Wasserwerfer sei nicht so fein zu steuern und zu dosieren, dass mit Sicherheit niemand verletzt werde.

Am „Schwarzen Donnerstag“ waren laut Rotem Kreuz weit mehr als 130 Menschen verletzt worden. Rettungsassistenten meldeten fast 400 Leichtverletzte, darunter 320 Menschen mit Augenverletzungen durch Pfeffersprays. Das Bild eines an den Augen verletzten S-21-Gegners ging um die Welt.

## EnBW verzichtet auf Verfassungsklage

Karlsruhe. (wie/dpa) Die EnBW wird keine Verfassungsbeschwerden gegen den vorgezogenen Atomausstieg einlegen. Wie der Karlsruher Energieversorger am Montag mitteilte, sieht er sich aufgrund der Eigentumsverhältnisse – über 98 Prozent der EnBW-Anteile sind im Besitz der öffentlichen Hand – rechtlich dazu außerstande. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts fehle es in einem solchen Fall an der Grundrechtsfähigkeit. Eine Verfassungsbeschwerde wäre damit unzulässig, begründete EnBW seine Entscheidung.

Gleichzeitig macht der fast hälftig dem Land und den Oberschwäbischen Elektrizitätswerken (OEW) gehörende Konzern deutlich, dass er die Rechtsauffassung der drei anderen großen Energieversorger Eon, RWE und Vattenfall ausdrücklich teile. Diese haben sich bereits zur Klage entschlossen und machen Schadenersatz in Milliardenhöhe geltend. Bevor die Zivilgerichte den Betreibern Schadenersatz zusprechen könnten, müssten die Karlsruher Richter zunächst einen Verstoß gegen das Grundgesetz feststellen. Die EnBW hatte im Zuge des Atomausstiegs bereits zwei ihrer vier Meiler vom Netz nehmen müssen.

## Zuckerbrot und Peitsche

Im Konflikt zwischen Regierung und Landesbeamten gibt es nun vorsichtige Signale der Annäherung

Von Roland Muschel, RNZ Stuttgart

Stuttgart. Es war ein denkwürdiger Empfang, den 2500 Beamte und Pensionäre Regierungschef Winfried Kretschmann (Grüne) bei einer Protestkundgebung im März in Stuttgart bereitet hatten. Mit Pfiffen und „Abwählen“-Rufen quittierten sie die Beschlüsse ihres obersten Dienstherren, unter anderem durch die Verschiebung der Tarifierhöhungen 130 Millionen Euro einzusparen. Morgen bekommen viele Beamte die ursprünglich für den 1. Januar 2012 vorgesehene Erhöhung um 1,2 Prozent ausgezahlt. Die Stimmung bleibt angespannt. Denn die Regierung hat bereits den nächsten Sparkatalog auf den Tisch gelegt. Den hat der Vorstand des Beamtenbundes Baden-Württemberg (BBW) kürzlich einstimmig abgelehnt. Doch auch Grün-Rot hat bisher keine Kompromissbereitschaft angedeutet.

Nun gibt es jedoch überraschend von beiden Seiten vorsichtige Signale einer Annäherung: Gegenüber der RNZ hat Finanzminister Nils Schmid (SPD) angekündigt, dass er einen Pakt mit den Beamten anstrebt, der bis 2016 gelten soll.

Damit nimmt Schmid eine Forderung auf, die BBW-Chef Volker Stich bereits 2011 erhoben hat. „Das deckt sich mit den Vorstellungen, die wir vor einem Jahr hatten. Wenn die Regierung nun auch in diese Richtung marschieren will, soll sie uns ein ordentliches Angebot machen und Garantien geben“, sagte Stich. „Dann“, deutet er Kompromissbereitschaft an, „würden wir auch den aktuellen Sparkatalog in einem anderen Licht sehen.“

Der Katalog umfasst acht Vorschläge mit einem Volumen von etwa 30 Millionen Euro, das nach und nach auf einen dreistelligen Millionenbetrag anwachsen soll. So plant das Land eine auf drei Jahre befristete Absenkung der Eingangsbesoldung bei neu eingestellten Beamten im gehobenen und höheren Dienst um eine Gehaltsstufe. Der Einspareffekt wird für 2013 mit 3,9 Millionen Euro beziffert, mittelfristig soll die Summe auf 35 Millionen Euro pro Jahr steigen. Stark wachsen würde auch der Sparbetrag für die geplante Senkung des Beihilfebemessungssatzes für neu eingestellte Beamte und Ehepartner, der für 2013 noch mit 2,5 Millionen Euro taxiert wird. 1,6 Millionen Euro pro Jahr soll die Strei-

chung des zehnzehnten Zuschlags für jene Beamte bringen, die freiwillig länger als bis zum Pensionsalter arbeiten. Weitere 8,4 Millionen Euro jährlich würde die Streichung vermögenswirksamer Leistungen bringen. Die Absenkung der Einkommensgrenze bei der Beihilfe für Ehepartner und die Reduzierung der Beihilfe für zahntechnische Leistungen würde über die Jahre auf insgesamt 28 Millionen Euro anwachsen.

Die Absenkung der Eingangsbesoldung für junge Beamte wie die Streichung des Zuschlags für vor der Pensionierung stehende Beamte sind für Stich „absolut inakzeptabel“. Bei anderen Punkten wäre er indes gesprächsbereit – wenn die Regierung im Gegenzug den Beamten langfristige Zusagen macht. „Das Land muss uns garantieren, dass Tarifierhöhungen künftig zeit- und inhalts-gleich übernommen werden“, nennt Stich eine Bedingung des Beamtenbunds. Zudem dürfe die Wochenarbeitszeit von 41 Stunden nicht erhöht werden.

Am 5. September verhandeln Stich und Schmid miteinander. Dann wird man wissen, wie belastbar die Annäherungsversuche sind.

## Ab August mehr Geld für Asylbewerber

Stuttgart. (wie/dpa) Ab morgen werden Asylbewerbern und anderen Berechtigten in Baden-Württemberg deutlich höhere Leistungen ausbezahlt. In Abstimmung mit dem Städtetag und dem Landkreistag hat das Integrationsministerium die vorläufigen Hinweise zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli herausgegeben.

Das Haus von Bilkay Öney (SPD) teilte mit: „Zu den Auswirkungen des Urteils auf die Kostenerstattung des Landes an die kommunalen Ausgabenträger ist das Integrationsministerium mit dem Städtetag und dem Landkreistag in Abstimmungsgesprächen.“ Wie berichtet, erhält ein alleinstehender Asylbewerber statt 225 Euro dann 346 Euro monatlich. Mindestens 134 Euro (bislang 40 Euro) müssen zur Deckung der persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens in bar ausbezahlt werden. Am grundsätzlichen Vorrang von Sachleistungen hat das Gericht nicht gerüttelt. Bundeseinheitliche Vorgaben zur Umsetzung des Urteils stehen noch aus. Land, Städte und Kreise befinden sich noch in Abstimmungsgesprächen über die Kostenerstattung.

Laut Ministerium lebten Ende Mai 8812 Asylbewerber in Baden-Württemberg.